



Ausdruck der Bewunderung: das Gemälde des russischen Malers Ilja Repin »Die Saporoger Kosaken schreiben dem türkischen Sultan einen Brief«. Doch eine stabile russisch-ukrainische Verbindung lässt sich in der Geschichte nicht nachweisen.

Geschichtsschreibung aneinander vorbei

Im Krieg zwischen Russland und der Ukraine geht es auch um konkurrierende Erinnerungskonstruktionen

Russland und die Ukraine benutzen die gemeinsame widersprüchliche Geschichte als Waffe im Kampf. Von keiner der beiden Sichtweisen gehen Optionen für einen versöhnenden Dialog aus.

JÜRGEN ANGELOW

Die russische Aggression gegen die Ukraine fußt auf einem Kampf historischer Erzählungen und Erinnerungskonstruktionen, die dem Wandel unterliegen. Die jüngsten Ereignisse haben diese Auseinandersetzung gleichsam intensiviert. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine wird Geschichte als Legitimationsreserve politischer Programme herangezogen.

Es handelt sich auf beiden Seiten nicht um eine »kritische Geschichte«, die, von sicheren fachlichen Standards geleitet, die eigenen Perspektiven hinterfragt, um Verständnis und Reflexionsfähigkeit angesichts offener Entscheidungen zu verbessern. Sondern um eine instrumentalisierte Geschichte, die als Waffe im Kampf benötigt wird, um entweder eine »gesamtrussische« imperiale Perspektive zu erlangen oder die nationale Abgrenzung und Selbstbehauptung im Falle der Ukraine.

Ein und dasselbe historische Ereignis, ein und dieselbe historische Persönlichkeit können auf diese Art sehr unterschiedlich gedeutet werden. Weder vom ukrainischen noch vom russischen Narrativ gehen Optionen für einen versöhnenden Dialog aus. Unsere vergleichsweise kritische Geschichtskultur und differenziertere Sicht sollten eine Parteinahme für die eine oder andere Seite ausschließen.

Der im Zuge der Entstehung eines ukrainischen Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert entfachte geschichtspolitische Emanzipationsprozess der Ukraine war in Zeiten der UdSSR eingefroren, er brach mit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine wieder auf und verstärkte sich in dem Maße, wie die Ukraine im Zuge der Maidan-Ereignisse 2004 auf Selbstständigkeit gegenüber Russland pochte. Seit dem Kurswechsel von 2014 und der russischen Krim-Annexion findet in der Ukraine eine kompromisslose Abschaffung der Überreste des Kommunismus statt, der fälschlicherweise mit dem großrussischen Narrativ gleichgesetzt wird. Hierbei spielt das 2007 gegründete Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung eine besondere Rolle, das sich inzwischen in eine umfassende Zensur- und Deutungsbehörde mit staatlichem Auftrag verwandelt hat.

Doch zielt die nunmehr in Angriff genommene Neustrukturierung des öffentlichen Raumes im Sinne des antisowjetischen, nationalukrainischen Narrativs an der realen Konfliktlage vorbei. Die unter Lenin konzipierte Nationalitätenpolitik der Sowjetunion war noch etwas anderes als der gegenwärtige

ge großrussische Imperialismus. Daher wird sie von Putin auch offen abgelehnt. Mit seiner Aggression wird das Sowjetisch-Völkerverbindende auf einen großrussischen Kern reduziert, dessen historische Verankerung mehr als 1000 Jahre zurückgeht.

Unterdessen wäscht Kiew Nazikollaborateure und antikommunistische Nationalisten mit Hilfe unwissenschaftlicher Darstellungen weiß und stilisiert sie zu Freiheitshelden. Erinnerungsorte der ehemaligen Sowjetunion, aber auch solche mit Verweisen auf die russische Kultur werden ausgelöscht und durch neue nationalukrainische Denkmäler ersetzt. Die bis in die erste Dekade des 21. Jahrhunderts selbstverständlich gehandhabte Liberalität, die eine multiple symbolische Besetzung städtischer Räume mit konträren Denkmälern tolerierte und Spannungsverhältnisse zuließ, findet nunmehr ein Ende. Ausgelöscht wird alles, was der eigenen nationalen Identitätsstiftung widerspricht oder als konkurrierend angesehen werden könnte.

Die historischen Bezüge des russisch-ukrainischen Konflikts reichen weit ins Mittelalter zurück, von russischer Seite bis in die Kiener Rus, zum Großfürsten Wladimir und zur Christianisierung der Slawen beziehungsweise der Bildung der russisch-orthodoxen Kirche. Die Taufe Wladimirs im Jahre 988 auf der Krim markierte den Beginn der russisch-orthodoxen Kirche und wird aus russischer Sicht als Beleg für die Existenz eines einzigen gesamtrussischen Volkes gesehen, wobei sich Russland heute als Bewahrer der »historischen Rus« versteht.

Russland und die Ukraine benutzen die gemeinsame widersprüchliche Geschichte als Waffe im Kampf. Von keiner der beiden Sichtweisen gehen Optionen für einen versöhnenden Dialog aus.

Nach offizieller Lesart gibt es kein eigenständiges russisches, belarussisches oder ukrainisches Volk, sondern nur ein gesamtrussisches. Bei der Einweihung des Denkmals für Wladimir am 4. November 2016 hat Putin dessen Übertritt zum christlichen Glauben als verbindendes Band der drei Völker apostrophiert. Auch der Name »Ukraine« wird in diese Perspektive gestellt; er tauchte erstmals 1187 in einer Chronik auf und bezeichnet das südwestliche »Grenzland« der Rus.

Eine direkte Kontinuitätslinie von der »historischen Rus« zum heutigen russisch-ukrainischen Verhältnis gibt es allerdings nicht. Während sich das Zarenreich von Moskau aus seit dem 16. Jahrhundert ausbreitete, traten auf dem Gebiet der Ukraine, nach Mongolen- und Ungarinvasion, die polnisch-litau-

sche Union sowie die Saporoger Kosaken in Erscheinung, die in unterschiedlichen Konstellationen agierten, sowohl als Verbündete als auch als Gegner des Zarenreiches. Weder lässt sich eine stabile russisch-ukrainische Verbindung nachweisen, noch ging es den Kosaken darum, wie die ukrainische Geschichtsschreibung behauptet, einen modernen ukrainischen Staat zu schaffen.

Mit den polnischen Teilungen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts geriet das Gebiet der heutigen Ukraine in verschiedene imperiale Einflusszonen, die zu einer nachhaltigen und langanhaltenden politisch-kulturellen Spaltung führten. Die ost- und zentralukrainischen Gebiete gingen unter Zarin Katharina II. – im Kampf gegen die Osmanen und als Folge der Teilungen – als Kleinnordland oder Kernukraine an Russland, während die Habsburger Monarchie die heutige Westukraine mit Lemberg als Hauptstadt erhielt.

Mit dem Sturz des russischen Zarenismus im Februar 1917 und dem Zerfall der Habsburgermonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges entstanden auf dem Gebiet der heutigen Ukraine zwei Staaten: die Ukrainische Volksrepublik 1917 bis 1920 unter Symon Petljura, in der es übrigens sofort zu antijüdischen Ausschreitungen kam, denen zehntausende Menschen zum Opfer fielen, und die Westukrainische Volksrepublik 1918 bis 1921.

Beide Staatsbildungen gingen im Feuer der Roten Armee sowie der polnischen Pilsudski-Truppen unter. Während die Zentral- und Ostukraine der entstehenden Sowjetunion zugeschlagen wurden, sicherte sich Polen das ehemalige Ostgalizien um Lemberg. Zwischenzeitlich unter deutscher Nazi-Herrschaft (1941-1944) wurde die Ukraine nach 1945 sowjetisch und machte sich erst mit dem Zerfall der Sowjetunion endgültig auf ihren eigenen nationalstaatlichen Weg. Die lange dauernde politische und religiöse Spaltung der Ukraine wirkte jedoch fort, sie beginnt sich eigentlich erst seit den letzten zwei Dekaden aufzulösen.

Dieser Spaltung stand die ukrainische Nationalbewegung entgegen, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildete und bald zu einer Bedrohung Russlands und auch der polnischen Nationalisten wurde, die die Westukraine bereits während der Habsburger-Zeiten und erst recht nach 1918 eigentlich beherrschten. Der große ukrainische Nationaldichter Taras Schewtschenko verbrachte viele Jahre seines Lebens in russischen Gefängnissen und in der Verbannung, da die zaristische Geheimpolizei seine Bedeutung für die Entwicklung des Nationalbewusstseins und seine Ausstrahlung auf die bäuerlichen Massen erkannte. Von ihm stammt die Losung »Slawa Ukraini« (»Ruhm der Ukraine«), die von ukrainischen Nationalisten und Nazi-Kollaborateuren missbraucht

wurde und seit 2018 offizieller Gruß der ukrainischen Streitkräfte ist.

Je mehr sich die historische Rückschau der Gegenwart annähert, desto wirkmächtiger werden Opfer- und Heldennarrative. In der Entwicklungslogik von Nationen werden eine »heroische« und eine »postheroische« Etappe unterschieden. Die »heroische« Moderne mit Opfer- und Heldenmythen begann in der Ukraine nach ihrer Unabhängigkeit 1991. Sie wurde nach einer kurzen Übergangsperiode spätestens seit der Orangenen Revolution 2004, dem unblutigen Erzwingen von Neuwahlen nach offensichtlichen Wahlfälschungen, unter dem prowestlichen Wiktor Juschtschenko staatlich gefördert und zur dominierenden Interpretationsform.

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine wird Geschichte als Legitimationsreserve politischer Programme herangezogen.

In den frühen 1930er Jahren waren das der »Holodomor«, eine verheerende Hungersnot und Sterblichkeit in den ukrainischen Gebieten der Sowjetunion, die durch Zwangskollektivierung, Repressalien und die Beschlagnahmung der Getreidevorräte hervorgerufen wurde und in der Ukraine als vorzügliches Genozid angesehen wird. Die Rede ist von vier Millionen Verhungerten, ukrainische Historiker sprechen von sechs Millionen, um den »Holodomor« in die Nähe des Holocausts zu rücken. Im Zuge der Solidarisation mit der Ukraine nach dem russischen Angriff hat auch Deutschland seine ursprüngliche Position verlassen und spricht nun von einem Genozid, der nachträglich in die neu konstruierte Kontinuität eines großrussisch-imperialistischen Völkermords gerückt wird.

Eine zweite Größe im neueren russisch-ukrainischen Deutungskampf sind die »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) und deren militärischer Arm, die »Ukrainische Aufständischen-Armee« (UPA), auf deren Konto weit über 100 000 ermordete Polen sowie antisemitische Pogrome, die Unterstützung des Holocausts und die Nazi-Kollaboration gingen – abgesehen vom Partisanenkrieg gegen die Sowjetunion bis 1947. Aus russischer Sicht waren OUN und UPA schlichtweg Faschisten. Wenn Putin den Kampf gegen »Faschisten und Drogenabhängige« in der ukrainischen Regierung führen will, meint er die Tatsache, dass die ukrainische Regierung die Verbrechen der OUN und UPA als sowjetische Erfindung hinstellt und ihre Vertreter in ihre Heldenerzählung einbaut.

Stepan Bandera, seit 1933 Führer der OUN, war ein überzeugter Antisemit und Antikommunist. Sein Versuch, sich den deut-

schen Besatzern anzudienen, um einen ukrainischen Staat zu proklamieren, scheiterte an der deutschen Rassepolitik, die zwischen Russen und Ukrainern keinen Unterschied machen wollte. Das ukrainische Heldennarrativ der OUN und UPA wird durch ein Opfer-narrativ ergänzt, hat doch der sowjetische Geheimdienst seinerseits 153 000 Anhänger der Bewegung ermordet und 203 000 Ukrainer in das Innere der Sowjetunion deportiert.

Die neuere historische Deutung dieser Ereignisse steht im Schatten des Krieges. In seiner Rede vor der israelischen Knesset am 20. März 2022 stellte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mehrere direkte Vergleiche zwischen der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus und dem russischen Angriff auf die Ukraine an. Er verglich die Situation der jüdischen Flüchtlinge mit der Situation der ukrainischen Geflüchteten und sprach von einer »Endlösung der ukrainischen Frage«, die der russische Aggressor anstrebe. Schließlich wies er noch darauf hin, dass Ukrainer vor 80 Jahren eine Wahl getroffen und Jüdinnen und Juden gerettet hätten. Diese Gleichsetzungen stießen in der Knesset zu Recht auf Ablehnung. Das Verhältnis zwischen Ukrainern und Juden war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich komplexer.

Politische Vernunft und politischer Orientierungswille können sich nicht die Einseitigkeit der einen oder anderen Seite zu eigen machen. Sie benötigen eine Perspektive, die sich von breiteren Interessen als denen der direkt Kriegsbeteiligten leiten lässt. Geschichte ist Wissenschaft. Sie soll keine Kriegspropaganda sein.



Prof. Jürgen Angelow, geboren 1961 in Rostock, ist Historiker und lehrt an der Universität Potsdam und der FU Berlin. Lehraufträge hatte er auch an den Universitäten in Toruń (Polen), Lwów und Havanna. Er veröffentlichte zur Sicherheitspolitik und zu Konflikten im 19. und 20. Jahrhundert, unter anderem »Kalkül und Prestige« und »Der Weg in die Urkatastrophe«.